

Teilnehmer ziehen positive Bilanz in Genf

Schatten von Ahmadinejads Auftritt - Kritik an Abwesenden

Die Uno-Konferenz gegen Rassismus ist am Freitag in Genf beendet worden. Unter den Anwesenden wurde mehrheitlich eine positive Bilanz gezogen. Die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte sprach von einer Desinformationskampagne gegen die Konferenz.

mri. Genf, 24. April

Die Uno-Konferenz gegen Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und damit verbundene Intoleranz, wie sie offiziell hiess, ist am Freitag zu Ende gegangen. 182 Staaten verabschiedeten das Schlussdokument. Als 183. Staat unterstützt das Dokument auch Deutschland, das zu den 10 Staaten gehörte, die nicht an der Konferenz teilnahmen (neben den USA, Kanada, Australien, Neuseeland, Israel, Italien, Polen, Tschechien und den Niederlanden). Die Uno-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, bewertete die Konferenz als Erfolg. Sie hoffe, dass sich auch die andern Staaten noch anschliessen, vor allem jene, die eine Woche zuvor den Kompromisstext akzeptiert und dann beschlossen hätten, doch nicht an der Konferenz teilzunehmen, sagte sie am Freitag. Im Übrigen kritisierte sie, dass eine grosse Desinformationskampagne gegen die Konferenz organisiert worden sei.

Auch ein Vertreter eines teilnehmenden EU-Staates nannte die Konferenz erfolgreich. Das Wichtigste sei, dass alle Staaten zu einem Konsens des Schlussdokuments beigetragen hätten, auch Iran. Der Schweizer Uno-Botschafter Dante Martinelli zog ebenfalls eine positive Bilanz. Nach der inakzeptablen Rede Ahmadinejads habe die Arbeit auf konstruktive Weise fortgesetzt werden können. Die Schweiz habe den Saal während der Rede des iranischen Präsidenten nicht wie die EU-Staaten verlassen, weil sie den direkten Dialog mit einer Person einer Politik der leeren Stühle vorziehe. Zudem bestehe an einem Uno-Forum die Meinungsfreiheit.

Der iranische Präsident war bei Beginn der Konferenz am Montag als einziger Staatspräsident der erste Redner. Nach Uno-Gepflogenheiten erhält ein Präsident das Wort vor einem Minister. Hätten auch andere Staatspräsidenten das Wort ergriffen, wäre sein Auftritt weniger prominent gewesen. Für die Schweiz etwa war jedoch laut Martinelli eine Rede von Bundespräsident Hans-Rudolf Merz nie vorgesehen. Martinelli bedauerte im Übrigen, dass sich die Konferenz gegen den Schweizer Vorschlag eines Rassismus-Observatoriums beim Uno-Hochkommissariat für Menschenrechte entschied. Michele Galizia, Leiter der Fachstelle für Rassismusbekämpfung beim Eidgenössischen Departement des Innern, betonte, es gelte, den Rassismus im Alltag zu bekämpfen, was eine langfristige Aufgabe sei. Die Schweiz sei auf dem richtigen Weg. Seit Durban habe sie eine Integrationspolitik formuliert, welche eine Chancengleichheit für Einwanderer ermöglichen soll.

Die Schweiz gehörte auch zu jenen 15 Staaten, welche den russischen Diplomaten Juri Boytschenko bei der Erarbeitung des Kompromisstextes unterstützten, der von der Konferenz verabschiedet wurde. Boytschenkos Arbeit wurde allseits gelobt. Für Doudou Diène, der bis letztes Jahr Uno-Berichterstatter zu Rassismus war, haben die Regierungen in Europa noch Mühe mit der Tatsache, dass ihre Gesellschaften zunehmend multikulturell werden.